

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP

Übersiedlung von Deutschen aus der DDR und Ost-Berlin in die Bundesrepublik Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß zahlreiche Deutsche aus der DDR und Ost-Berlin in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln dürfen. Er stellt fest, daß es in aller Regel gelingt, die zu uns kommenden Landsleute ohne Schwierigkeiten bei uns aufzunehmen.

Der Deutsche Bundestag ist sich aber bewußt, daß die Bürger, Behörden und Wohlfahrtsverbände in der Bundesrepublik Deutschland angesichts der gegenwärtigen Lage zur besonderen Solidarität mit den Übersiedlern verpflichtet sind.

Es genügt nicht, jahrzehntelang unsere Hilfsbereitschaft gegenüber den Menschen in der DDR zu betonen, man muß auch danach handeln.

Der Deutsche Bundestag fordert Bund, Länder und Gemeinden dazu auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, den Übersiedlern die Aufnahme und Eingliederung in unsere Gesellschaft zu erleichtern. Dazu gehört es beispielsweise, die baulichen Voraussetzungen in den Notaufnahmелagern Gießen und Berlin-Marienfelde so zu gestalten, daß eine angemessene Unterbringung und Versorgung geboten werden kann. Arbeitsämter, Krankenkassen und Sozialämter müssen verständnisvoll, schnell und unbürokratisch helfen.

Der Deutsche Bundestag appelliert an alle, Übersiedlern in der Nachbarschaft persönlich zu helfen. Kirchliche Vereinigungen und Wohlfahrtsverbände sowie Sportvereine, Jugendverbände und andere Vereinigungen können sich in diesem Zusammenhang als gemeinnützige gesellschaftliche Vereinigungen erneut bewähren.

Besonders denjenigen Übersiedlern, die in der Bundesrepublik Deutschland keine Verwandten haben, gebührt unsere verstärkte Aufmerksamkeit, damit sie vor einem Scheitern in dem ihnen zunächst ungewohnten Umfeld bewahrt bleiben.

Für die Menschen, die in der DDR und Ost-Berlin bleiben und bleiben wollen, würden verlässliche regelmäßige Reisemöglichkeiten die Verwirklichung eines wichtigen Teils menschlicher Grundrechte und daher die Verbesserung ihrer Lebenssituation bedeuten.

Bonn, den 13. April 1984

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Dr. Vogel und Fraktion

Mischnick und Fraktion